Juden und Muslime: Beide nicht gegeneinander ausspielen

18. September 2019



Matera (KNA) Führende Vertreter des Islam und Judentums wenden sich gegen Versuche, beide Religionsgemeinschaften gegeneinander auszuspielen. In Europa müssten Politiker und religiöse Verantwortungsträger dafür sorgen, „spaltende und diskriminierende Diskurse und Hassreden, einschließlich Islamophobie und Antisemitismus, zu beenden, die darauf abzielen, unsere Gemeinschaften zu isolieren, sie für Europa und seine Werte fremd erscheinen zu lassen oder unsere Gemeinschaften aus politischen Zwecken gegeneinander auszuspielen“, heißt es in einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung des Muslim Jewish Leadership Council Europe (MJLC).

Zu dem 2016 in Wien gegründeten MJLC gehören Vertreter muslimischer und jüdischer Gemeinden aus rund 20 europäischen Staaten. Von Sonntag bis Dienstag tagten sie im italienischen Matera. Der MJLC-Rat wurde den Angaben zufolge mit dem Ziel gegründet, in Europa „Vorurteilen, falschen Behauptungen, Angriffen und Gewalt gegenüber gläubigen Menschen und Religionen zu begegnen“. Den MJLC-Vorsitz haben der Moskauer Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt und der slowenische Mufti Nedzaz Grabus.

Auf der Tagung in Italien beschloss der MJLC unter anderem zwei Kommissionen für koschere und Halal-Lebensmittelvorschriften und zur Religionsfreiheit. Außerdem sollen Dokumente mit Fragestellungen rund um die beiden Religionsgemeinschaften zusammengestellt werden.

Zu den Forderungen des MJLC gehören darüber hinaus der Schutz der Religionsfreiheit und der freien Meinungsäußerung. Die Mitglieder wenden sich gegen eine Einschränkung bei der Wahl der Kleidung, der Zubereitung von Speisen und der Erziehung von Kindern.

Insgesamt wird betont, dass mehr auf Gemeinsames statt auf Trennendes geblickt werden solle. „Das schließt die Pflicht ein, uns untereinander und andere zu respektieren – und dass wir durch den interreligiösen Dialog vorteilhafte Beziehungen des Vertrauens und der Unterstützung aufbauen können“, heißt es in der Erklärung. Sie wendet sich auch gegen Polarisierungen und eine Verbreitung von Fehlinformationen.

Entscheidungsträger sollten zudem „Freiheit, Gerechtigkeit, Respekt und Pluralität in den Mittelpunkt ihrer Vision hinsichtlich einer stabilen und kohärenten europäischen Gesellschaft“ stellen. Frieden sei mehr „als ein Fehlen eines offenen Konflikts“ – er müsse auch auf „Freiheit, Menschenwürde und Gerechtigkeit, auch unter Einbeziehung der Schwächsten, beruhen“.

(KNA – tktlr-89-00128)

Stand: 16. November 2026